

Zeitschrift: Frei denken : das Magazin für eine säkulare und humanistische Schweiz

Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz

Band: 99 (2016)

Heft: 3

Rubrik: International

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



NIEDERLANDE Neue Realitäten – neue Symbole

Secondos haben vor einigen Jahren vorgeschlagen, die Schweizerfahne durch die Trikolore der Helvetischen Republik zu ersetzen. Das ging selbst fortschrittlichen Politikerinnen und Politikern zu weit. Warum? Symbole haben sich in der Geschichte immer wieder verändert – weil sich die Lebensrealität verändert hat.

Ein hübsches Beispiel ist der Polderturm in der niederländischen Stadt Emmeloord, der Hauptstadt der Provinz Flevoland, die durch die Trockenlegung eines Teils des IJsselmeers entstanden ist. In einem frühen Stadium der Planung wurde beschlossen, dass diese Stadt einen zentralen Platz erhalten sollte mit einem hohen Turm als weit sichtbares Wahrzeichen. Anders als in den historisch gewachsenen Dörfern und Städten rundherum sollte der Turm aber kein Kirchturm sein, weil es in der Region mehrere christliche Konfessionen gab und keine die andere dominieren sollte. Entstanden ist 1959 ein 65 Meter hoher, achteckiger Turm, welcher als Wasserturm diente und als Symbol für die Einheit der neu aus dem Boden gestampften Provinz stand. Er wurde ausgestattet mit einer Aussichtsplattform und einem Glockenspiel mit 48 Glocken, in die neben den Namen der neuen Poldergemeinden und der Königin auch gemeinschaftliche Begriffe wie Arbeit, Einheit, Frieden, Dialog und Vernunft eingraviert wurden.

Nun könnte man einwenden, dass hier eine neue Provinz entstanden sei und nicht etwas Traditionelles durch etwas Neues ersetzt. Ja und Nein. Es wurde eine Küste mit vielen Fischerdörfern aufgegeben und eine neue Agrarlandschaft errichtet. Man musste also alte Wohnstätten und auch Kirchen aufgeben, um neue, zukunftsweisende Lebensstrukturen aufzubauen. 1950 gab es in den Niederlanden erst knapp (aber immerhin) 20 Prozent Konfessionsfreie. Der Entscheid, in Emmeloord keine Kirche ins Zentrum zu stellen, war also nicht eine Konzession an die Konfessionsfreien oder andere Religionen, sondern eine Lösung in einer konfessionell gemischten Gesellschaft. Eine Lösung, die sich auch für die heutige, nachchristliche Gesellschaft eignet.

Die Ergebnisse 2016 der Langzeitstudie «God in Nederland» zeigen klar: Die Niederlande sind heute kein christliches Land mehr. 68 Prozent der Menschen fühlen sich keiner Religion zugehörig und nur noch 14 Prozent glauben an einen persönlichen Gott. Auffallend, dass in den letzten zehn Jahren auch der Anteil der «letsisten» – Menschen, die an «irgendetwas Höheres» glauben (iets = etwas) – von 36 auf 28 Prozent zurückgegangen, und der Anteil jener, die sich als «spirituell» bezeichnen, von 40 auf 30 Prozent gefallen ist. Erfreulich aber vor allem, dass in den letzten zehn Jahren der Anteil jener Menschen, die befürchten, dass mit dem Schwund der Religion auch die Moral gefährdet sei, von 40 auf 26 Prozent zurückgegangen ist.

Emmeloord hat's vorgemacht: Im räumlichen und sozialen Zentrum der Gesellschaft steht nicht mehr eine Kirche, sondern ein Platz mit einem Wahrzeichen für die gemeinsamen Werte. Kirchen haben zwar immer noch ihren Platz in dieser Gesellschaft, aber sie dominieren sie nicht mehr.

Während die meisten Schweizerinnen und Schweizer ein distanziertes Verhältnis zu den Kirchen haben und das Schweizerkreuz

DEUTSCHLAND Kein Gottesbezug in SH-Verfassung

Der Landtag von Schleswig-Holstein hat entschieden, dass die Präambel der Landesverfassung nicht geändert und keine Anrufung Gottes enthalten soll. Die Initiative «Für Halt. Für Gott in Schleswig-Holstein» scheiterte an der Zweidrittelmehrheit. Mit der Entscheidung in Kiel verfügt eine knappe Mehrheit der deutschen Bundesländer nicht über einen Gottesbezug in der jeweiligen Landesverfassung: neben Schleswig-Holstein Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland und Sachsen. In der Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland steht ein Gottesbezug: «im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen [...] hat sich das Deutsche Volk [...] dieses Grundgesetz gegeben.»

LIECHTENSTEIN Konkordat steht auf der Kippe

Liechtenstein will Staat und Kirche entflechten. Differenzen zwischen politischen Behörden und Kirchenvertretern in zwei Gemeinden stellen das Unternehmen jedoch als Ganzes in Frage. Auslöser für den Umschwung bildet die Tatsache, dass sich in den zwei Gemeinden Balzers und Gamprin-Bindern die politischen Behörden und die Vertreter der Kirche nicht über die vermögensrechtliche Entflechtung einigen konnten. Sollte es hier zu keiner Einigung über die vermögensrechtliche Entflechtung kommen, wäre das Konkordat mit dem Heiligen Stuhl hinfällig, weil dafür ausdrücklich die Zustimmung aller Gemeinden erforderlich ist.

Der gegenüber dem Erzbistum kritisch eingestellte Verein für eine offene Kirche spricht sich mittlerweile für einen Verzicht auf das Konkordat aus. Der Verein wirft dem Erzbistum vor, die Verhandlungen willkürlich zu behindern, mit der Absicht, die jetzige komfortable Kirchenfinanzierung durch Staat und Gemeinden, die auf jährlich rund 10 Millionen Franken beziffert wird, noch länger aufrechterhalten zu können. Diese Einschätzung wird zunehmend in der Bevölkerung geteilt, was den Kirchenvertretern nicht verborgen geblieben ist, aber in Abrede gestellt wird. Roland Casutt, der Pfarrer von Gamprin-Bindern, beklagte sich vielmehr in einem Interview darüber, dass ihn «das Misstrauen gegenüber dem Klerus» mit grosser Sorge erfülle.

ÖSTERREICH Staatlich anerkannte Vereinnahmung

Der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ) ist ein Schachzug gelungen. Wie in der Schweiz werden auch in Österreich die Daten der Kirchenmitglieder von Meldeämtern verwaltet. Auf den Meldezetteln steht z. B. «katholisch» oder «evangelisch». Beim Islam ist das anders. Muslime bekennen sich zum Islam. Ob jetzt jemand Sunnit oder Schiit oder Wahabbi oder Salafist oder freischwebender Individualmuslim ist, ist zweitrangig. Die IGGiÖ hat nun als staatlich anerkannte Glaubensgemeinschaft dem österreichischen Kultusamt eine neue «Verfassung» vorgelegt, die im Februar 2016 ohne öffentliche Diskussion staatlich anerkannt wurde. Damit vereinnahmt die IGGiÖ neu alle Personen, die auf dem amtlichen Meldezettel «Muslim» oder «Islam» angeben, als Mitglieder der IGGiÖ. Die österreichischen Freidenker haben den Sachverhalt publik gemacht und bezeichnen es als «Ungeheuerlichkeit, wenn der säkulare Staat übers Meldewesen den kirchlichen Mitgliederbestand verwaltet».

trotz seiner christlichen Wurzeln längst als säkulares, einendes Symbol wahrnehmen, versuchen in jüngster Zeit religiöse und nationalkonservative Kreise das Land über das Kreuz in der Flagge wieder in den christlichen Griff zu kriegen. Wo aber Symbole nur noch der Regression und dem nationalistischen Mythos dienen und nicht der Einigung der Menschen, das schaden sie dem Gemeinwohl und werden besser ersetzt.

Reta Caspar

Erstpublikation auf news.ch am 24.3.2016